Saskatchewan Legislatur.

Spezial-Bericht.
J. H.

Legislatur-Bericht.

Montag, 1. Juni.

Verschiedene Privatbills wurden von dem betreffenden Komite einberichtet und einige kleinere Vorlagen erhielten ihre erste Lesung, unter diesen einen betreffs Drescher-Liens und eine solche zur Inkorporation der Grain Growers Association von Saskatchewan.

Der Premier legte dann einen Dokumenten-Ordner (File) aus dem Erziehungs-Departement betreffs Textbücher für die öffentlichen Schulen auf den Tisch des Hauses nieder. Ueber diese Papiere war letzter Tage eine rege Debatte entstanden und Haultain hatte behauptet, daß die Regierung dieselben durch einen technischen Vorwand zurückhalte. Scott erklärte, daß die Regierung nicht gezwungen werden könnte, diese Papiere noch einmal auf den Tisch des Hauses zu legen, daß sie es aber freiwillig tue, um jeden Schein von sich zu weisen, daß etwas zu verheimlichen sei. Haultain könne die Papiere so genau nachsehen, wie ihm beliebe, er hoffe aber, daß er sie nicht allzu lange zurückbehalten werde.

Haultain antwortete in seiner sarkastischen Weise und meinte, der Premier hätte einen großen Umweg gemacht, um zu zeigen, daß er (Scott) im Recht sei, aber er (Haultain) wage das noch immer zu bestreiten. Da er jedoch erhalten hätte, was er wollte, so sei jede weitere Diskussion überflüssig.

Haultain beantragte dann die dritte Lesung der Legal Profession Bill. Diese Vorlage läßt Rechtsanwälte und Advokaten, die in außerbritischen Ländern ihre Examina gemacht haben, zum Praktisieren in Saskatchewan zu nach Erledigung gewisser formaler Bedingungen. Die Bill wurde nach einigen Bemerkungen Langleys angenommen.

Sutherland beantragte darauf die dritte Lesung der Vorlage, die W. O. Tessier zu einem Mitglied des College of Physicians and Surgeons of Saskatchewan kreiert.

Haultain sprach sich sehr scharf gegen die Bill aus, die eine der ersten Prinzipien der Gesetzgebung verletze. Es seien Gesetze betreffs der Qualifikation von Aerzten vorhanden und Tessier besitze diese Qualifikationen nicht. Ihm fehle die notwendige ärztliche Bildung, um zu einem medizinischen Examen zugelassen werden zu können. Die Legislatur wäre doch keine Maschine, um Männer zu Aerzten zu machen, denen die nötigen Qualifikationen fehlen.

Bei der Abstimmung waren die liberalen Mitglieder für die dritte Lesung, die konservativen stimmten dagegen.

Die Bill passierte.

Die Nachmittags- und Abendsitzungen wurden mit Komite-Beratungen über die Towns und Village Bills verbracht. Unter anderem wurden die Bestimmungen eingefügt, daß neben Universitäten, Schulen und inkorporierten Hospitälern auch die Young Mens Christian Association steuerfrei sein sollen.

Die Sitzung endete um 11½ Uhr.

Dienstag, 2. Juni.

Die Sitzung begann um 11 Uhr Vormittags.

Sheppard (lib.) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf einen am 29. Mai im Standard erschienenen Artikel, in welchem die Zeitung sich das Verdienst zusprach, die Einstellung der gerichtlichen Verfolgungen gegen gewisse Personen wegen Diebstahls von Brennholz bewirkt zu haben. Vor einiger Zeit hätte Haultain diese Sache vorgebracht und das Departement des Attorney General beschuldigt, worauf Hon. Turgeon erwidert hätte, sein Departement hätte absolut nichts mit der Sache zu tun. Er glaube, es sei wünschenswert, daß der Attorney General sich genauer erkläre.

Turgeon sagte, er habe den Artikel gelesen. Derselbe sei ebenso weinerlich-sentimental wie unwahr. Die Berittene Polizei werde von der Dominion unterhalten und sei verpflichtet, die Ausführung von Gesetzen der Dominion zu überwachen. Sie führten die Gesetze betreffs Diebstahls von Holz ebenso durch wie z. B. die Zollgesetze. Er hätte das früher schon klar und deutlich gesagt und es wundere ihn, daß der Standard so hätte schreiben können, da doch der Reporter der Zeitung zugegen gewesen sei. Der Editor der Zeitung hätte infolgedessen die Tatsachen wissen müssen, daß der Artikel unwahr sei. Er hätte vielleicht Gründe, sich selbst als den Retter der Verfolgten hinzustellen, er hätte vielleicht auch bei einigen Personen den Eindruck hinterlassen, daß er (der Editor des Standard) es bewirkt habe, daß die Verfolgungen eingestellt worden seien. Er müsse aber auch wissen, daß das, was er geschrieben habe, absolut unwahr sei.

Darauf erhob sich Haultain und erklärte, daß der Attorney General trotz alledem verantwortlich sei. Er sei verantwortlich für die Ausführung aller Gesetze, Dominion oder Provinz, innerhalb der Grenzen Saskatchewans. Die Polizei hätte die Verfolgungen herbeigeführt und die Polizei stände in solchen Sachen unter seiner Jurisdiktion. Die Verfolgungen seien engros vor sich gegangen und kein kompetenter Beamter der Dominion hätte einen Strafantrag gestellt. Die Provinzial-Behörden seien einzig und allein verantwortlich zu halten. Man hätte schon seit ziemlich langer Zeit das Departement des Attorney General auf diese Verfolgungen aufmerksam gemacht, aber man hätte erst lange nicht nur absolut nichts getan, sondern die Verfolgungen ruhig weiter geschehen lassen.

Der Premier erklärte, er hätte nähere Erkundigungen eingezogen und erfahren, daß eine Anzahl Ansiedler sich bei der Berittenen Polizei darüber beklagt hätten, daß Uebertretungen des Gesetzes vorgekommen seien. Infolge dessen sei die Polizei gezwungen gewesen, Schritte in der Sache zu tun. In einigen Fällen seien die Angeschuldigten überführt worden, in anderen freigesprochen. Das Departement des Attorney General hätte von all diesen Verhandlungen keine Ahnung gehabt und sei erst durch Verurteilte, die sich beschwert hätten, darauf aufmerksam gemacht worden. Die Berittene Polizei stehe unter doppelter Autorität. In einigen Dingen unterständen sie dem Attorney General, bei der Ausführung von Dominion-Gesetzen aber ständen sie nur unter Dominion-Behörden. Er wandte sich dann dem Thema falscher Zeitungsberichte zu und meinte, die Berichterstattung des Standard sei im großen und ganzen sehr inkorrekt und mißleitend.

Haultain erwiderte, daß viele Zeitungen falsche Berichterstattung trieben. Er könne viele Fälle anführen, wo die Zeitungen der Regierungspartei die Reden der Oppositionsmitglieder falsch berichtet hätten. Aber man solle die Zeitungen schreiben lassen.

Der Premier meinte, die Mitglieder der Opposition hätten Grund und Ursache genug, eine solche Diskussion zu fürchten. Er (der Premier) wäre wieder und wieder in falschem Licht dargestellt worden und er wolle darauf hinweisen, daß die Legislatur den Zeitungen damit ein besonderes Privileg gewähre, daß sie Reporter zu den Sitzungen schicken dürften. Es liege aber völlig in der Macht des Hauses, solche Privilegien zurückzuziehen. Sie könnte jeden Reporter ausschließen, der ständig falsche Berichterstattung treibe.

Haultain: „Es würde aber keine leichte Sache sein, alle Zeitungen auszuschließen, in welchen ungerechte (unfair) Leitartikel erscheinen.“

Scott: „Es ist wohl der Ueberlegung wert, ob das Haus eine so stetige falsche Berichterstattung dulden will oder nicht. Ich denke, wir warnen die Zeitung und wenn sie mit der falschen Berichterstattung fortfährt, werden wir gezwungen sein, drastische Maßnahmen zu ergreifen.“

Dr. Elliott (kons.) meinte, die ganze Diskussion sei lächerlich. Wenn die Opposition wolle, könne sie zehn Fälle von falschen Darstellungen aus den liberalen Blättern gegen einen in den konservativen vorbringen. In den letzten Monaten seien in den liberalen Blättern ganz gemeine und verächtliche Artikel erschienen. Der Artikel im Standard sei von weiter keiner Bedeutung und er selbst sei der Ueberzeugung, daß die Zeitung den Fall völlig korrekt dargestellt habe.

Haultain beantragte darauf die dritte Lesung des Amendement zum Ergänzungs-Einkommen-Gesetz.

Der Führer der Opposition beantragte, daß folgende Ländereien von der Besteuerung unter dem Ergänzungs-Einkommen-Gesetz ausgenommen würden: 1. Ländereien, die innerhalb von Schuldistrikten liegen; 2. Ländereien bis zur Größe von 160 Ackern, die nicht innerhalb eines Schuldistrikts liegen und von einem bona fide Ansiedler bewohnt sind; 3. Von der Dominion verpachtete Weide-Ländereien, die gemäß den Bestimmungen des Kontrakts für Besiedelungszwecke zurückgezogen werden können.

Er sagte unter anderem, daß dies Amendement tatsächlich dasselbe sei, wie das zur Zeit der Passierung des Gesetzes von der Opposition beantragte. Die Vorlage besteuere ja die Spekulanten, das könne niemand bestreiten, aber sie besteuere auch die Farmer in ganz derselben Weise. Die Ansiedler in unorganisierten Distrikten würden schon besteuert, ehe sie eine gewöhnliche öffentliche Schule etabliert hätten. Zu welchem Zweck? Zum Nutzen älterer Distrikte. Der Zweck des Gesetzes sei der, um für höhere Erziehung, für die Universität und die Landwirtschaftliche Hochschule, für höhere Lehranstalten in Cities und Städten und für Schuldistrikte, die bereits in guter Verfassung seien, einen Fonds zu schaffen. Durch das Amendement würden die Heimstätter, die erst auf ihre Farm gezogen seien und noch keine Schulen hätten, von der Besteuerung zum Besten höherer Erziehung und alter Schuldistrikte ausgenommen. Man hätte gesagt, die Steuerzahler erhielten ihre Gelder zurück. Das sei bis zu einem gewissen Grade und für eine gewisse Zeit korrekt. Die Zeit würde aber kommen, wo sie nicht so viel zurück bekommen würden, wie sie bezahlt hätten. So lange noch ein großer Teil der Ländereien unbesiedelt sei, würden sie ja die bezahlten Steuern zurückerhalten, aber schließlich würde es so weit kommen, daß die Steuerzahler nur 80 Cents per Dollar zurückbekommen werden.

Scott: „Wann?“

Haultain: „Ich weiß nicht wann, aber die Zeit wird kommen.“

Scott: „In 20 Jahren?“

Haultain: „So lange wird es nicht dauern.“

Es sei sicher, daß diese Zeit kommen würde. Das aber sei ein sehr schwer wiegendes Argument gegen das Gesetz. Das ganze Gesetz sei eigentlich unpraktisch und absurd. Das Amendement wolle Ungerechtigkeiten abstellen.

Nach einigen Ausführungen des Abgeordneten Wylie (kons.) und einigen Schlußbemerkungen des Premiers stimmte das Haus ab. Es stimmten für das Amendement 9 und dagegen 14.

Dr. Neely legte eine Petition zwecks Inkorporation des Dorfes Watson als Stadt vor.

In der Abendsitzung fuhr man in der Beratung der Munizipalbills fort.

Der Premier beantragte, daß das Haus vom Mittwoch an sich Vormittags um 10 anstatt um 11 Uhr, und am Nachmittag um 2 anstatt um 3 Uhr versammele.

Haultain protestierte dagegen und meinte, der Antrag hätte angemeldet werden müssen und sei darum nicht richtig eingebracht. Es sei schon sowieso viel zu viel durchgepeitscht worden.

Der Premier zog darauf seinen Antrag zurück.

Die Vertagung erfolgte um etwas vor Mitternacht.

* * *

Mittwoch, 3. Juni.

Eine Anzahl kleinerer Bills erhielten ihre letzte Lesung und wurden damit angenommen, unter diesen auch die Vorlage zum Schutz vernachlässigter Kinder.

Der Abgeordnete Langley beantragte die zweite Lesung der Bill zwecks Inkorporation der Saskatchewan Getreidebauer-Genossenschaft.

Auf Antrag Motherwells schritt man zur zweiten Lesung der Bill zur Amendierung der Threshers Liens Ordinance. Er sagte, dieses Amendement sei die Folge der Vorstellungen der Drescher-Vereinigungen von Saskatchewan. Die Drescher Liens Verordnung gewähre den Besitzern von Dreschmaschinen nicht genug Sicherheit, da sie gemäß den Bestimmungen derselben gezwungen seien, „sofort“ ihre Rechte geltend zu machen. Das sei aber unmöglich, da sie durch die Dreschar beiten daran verhindert seien. Das Amendement verlängere die Zeit, wo die Drescher-Liens Priorität vor allen anderen Liens haben, auf 30 Tage.

Haultain hielt dafür, daß die Drescher der Provinz wohl sehr enttäuscht sein würden durch diese Neuordnung der Dinge. Die Drescher genössen sehr wenig Protektion unter dieser Bill. Vor allem sei es für sie sehr ungerecht, daß die Saatgetreide-Liens den Vorzug haben vor Drescher-Liens. Diese Seed-Liens könnten es veranlassen, daß die Drescher zögern würden, das Getreide solcher zu dreschen, die Seed-Liens haben, wenn diese nicht von Tag zu Tag oder Woche zu Woche zahlen. Und das sei wohl so gut wie ausgeschlossen. Auch solle man bedenken, daß die Leute, welche an den Dreschmaschinen arbeiten, sichergestellt sein wollen. Sollte es aber eine mittelmäßige oder schlechte Ernte geben, so würde es schlecht genug für diese aussehen. Die Dreschmaschinen-Gesellschaften machten sehr weitgehende und für die Dreschmaschinen-Besitzer sehr bindende Verkaufskontrakte. Eine gewöhnliche Klausel sei die, daß den Companies alle Schulden verfallen, die einem Dreschmaschinen-Besitzer für mit der Maschine getane Arbeit fällig sind. Es komme nun vor, daß in schlechten Jahren die Gesellschaften Maschinen und Schuldbeträge mit Beschlag belegen. Dadurch verlieren dann die Arbeiter natürlich den ihnen zukommenden Lohn. Die Arbeiter hätten auf diese Weise schon hunderte und aberhunderte von Dollars verloren.

Langley meinte auch, daß die Arbeiter ebenso gut beschützt werden sollten wie die Dreschmaschinen-Besitzer. Er kenne Fälle, wo die Arbeiter überhaupt keinen Lohn bekommen hätten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen Browns wurde die Bill zum zweiten Mal gelesen.

Der letzte Teil der Sitzung wurde mit Komite-Beratungen über die Munizipal-Bills ausgefüllt.

In der Abendsitzung versuchte der Premier wieder, den Vorschlag einzubringen, daß das Haus vormittags um 10 Uhr und Nachmittags um 2 Uhr zusammenkomme.

Haultain protestierte auf den Grund hin, daß der Antrag nicht zur rechten Zeit und in rechter Weise eingebracht sei.

Der Premier stellte dann den Antrag auf Vertagung und bemerkte dabei, daß der Führer der Opposition am Dienstag die Beschuldigung erhoben hätte, die Mitglieder des Hauses würden überarbeitet. Er halte dies für eine schwere Beschuldigung, wenn man den ernsten Charakter der Arbeiten in Betracht ziehe.

Das Haus sei jetzt 61 Tage in Session gewesen. Während dieser 61 Tage hätte man 122 Stunden im Hause verbracht, d. h. 2 Stunden täglich im Durchschnitt. Er glaube nicht, daß dies zu viel verlangt sei. Er weise darauf hin, daß das Haus nach zweiwöchiger Tagung längere Osterferien gehabt habe zur Erholung. Vor Ostern hätten sie ungefähr 1½ Stunde täglich getagt, nach dem 28. April vier Stunden pro Tag. Vom 28. April bis zum 21. Mai hätten sie keine einzige Nachtsitzung gehabt. Vom 21. Mai bis zum 2. Juni hätten sie 6½ Stunden pro Tag gesessen. Das sei ziemlich stramm, aber doch wohl noch keine Ueberarbeitung. Die längste Session hätte 7¾ Stunden gedauert. Er hätte den Antrag eingebracht, die Sitzungen von jetzt an um 10 und 2 Uhr beginnen zu lassen. Haultain hätte protestiert und auch Recht bekommen. Er werde den Antrag zur gegebenen Zeit wieder in richtiger Form einbringen. Jedenfalls sei die Beschuldigung Haultains betreffs Ueberanstrengung nicht gerechtfertigt.

Haultain blieb bei seiner Behauptung der Ueberarbeitung und meinte, Scott könne nicht urteilen, da er in den letzten Tagen über ein Drittel der Zeit nicht zugegen gewesen sei.

Scott unterbrach ihn und sagte, das sei nicht wahr.

Haultain rief ihn zur Ordnung und appellierte an den Präsidenten, weil Scott ihn in seiner Rede unterbrochen habe. Der Präsident gab ihm Recht und Haultain fuhr in seiner Rede fort.

Auf Antrag Turgeons wurde die neue Liquor License Bill zum ersten Male gelesen.

Die Bill ist in manchen ihrer Bestimmungen als radikal zu bezeichnen und ist eine Konzession an das Heer der „Wasserapostel“.

Eine in unserer Provinz absolut neue Bestimmung ist die, daß irgend eine Munizipalität ein Nebengesetz mit einfacher Majorität passieren kann, das Local Option einführt. Das alte Gesetz der Territorien gab dem Volke diese Macht nicht. In ländlichen Munizipalitäten gehören die Dörfer, die innerhalb der Grenzen der Munizipalität gelegen sind, zu derselben. Ein Local Option Nebengesetz kann erst dann zur Abstimmung vorgelegt werden, wenn 25 Prozent der Wähler einer Munizipalität eine dahinlautende Petition beim Council einreichen. Wie schon gesagt, ist die einfache Majorität der Stimmberechtigten hinreichend, ein solches Nebengesetz zu passieren.

Die Abstimmungen finden zur Zeit der jährlichen Wahlen der Councillors statt. Stimmberechtigt sind alle in den Wählerlisten der Munizipalität eingetragenen Personen, d. h. alle Männer, die berechtigt sind, bei der Wahl der Legislatur-Abgeordneten zu stimmen. Eigentums-Qualifikationen giebt es nicht.

Ein Local Option Nebengesetz, wenn passiert, ist gültig für 2 Jahre. Wenn nach Verlauf derselben 25 Prozent der Stimmberechtigten eine Petition an den Council zwecks Widerrufs der Local Option einreichen, hat eine Abstimmung über ein Nebengesetz zum Widerruf stattzufinden. Bei dieser Abstimmung gelten dieselben Regeln wie oben angegeben. Passiert dies Nebengesetz, so bleibt es 2 Jahre in Kraft, d. h. während zwei Jahren darf dann keine Local Option eingeführt werden.

Neben diesen Bestimmungen über Local Option enthält die neue Verordnung noch eine Reihe weiterer Beschränkungen. Zunächst soll die Zahl der Lizensen gemäß der Bevölkerungszahl beschränkt werden. Die Zahl der erlaubten Lizensen ist wie folgt:

In Cities, Städten, Dörfern und ländlichen Munizipalitäten eine für die ersten 300, zwei für die ersten 750, drei für die ersten 1500, vier für die ersten 2500 und eine für jede weiteren 1500 Seelen.

Die Bestimmungen über Wholesale Lizensen sind folgende:

In keiner Stadt unter 1000 Einwohner darf eine Wholesale-Lizens bewilligt werden. Es dürfen gewährt werden eine Lizens für die ersten 1000, zwei für die ersten 2500, drei für die ersten 7000, vier für die ersten 15,000 und fünf für die ersten 30,000 Seelen.

Das Gesetz ist nicht insofern rückwirkend, als Lizensen für Hotels und Wholesale-Häuser, die vor Inkrafttreten des Gesetzes gewährt worden sind, widerrufen oder nicht erneuert werden sollen. Doch dürfen in solchen Städten, wo die Zahl der Lizensen gemäß der Bevölkerung zu hoch ist, abgesehen von den Erneuerungen der alten Lizensen, keine neuen erteilt werden, solange die für die betreffende Zahl von Lizensen nötige Bevölkerungszahl nicht erreicht ist.

Die Stunden, in welchen die Bars offen sein dürfen, werden ebenfalls durch das neue Gesetz ziemlich beschnitten. Während die Bars jetzt von 7 Uhr Montag Morgen bis 11½ Uhr Abends, an anderen Tagen von 6 Uhr Morgens bis 11½ Uhr Abends mit Ausnahme von Sonnabend, wo die Bars um 7 Uhr schließen müssen, geöffnet sind, sollen sie in Zukunft jeden Morgen erst von 7 Uhr an offen sein dürfen und jeden Abend um 10 Uhr schließen, mit Ausnahme von Sonnabend Abend, wo sie um 7 Uhr zu schließen haben wie jetzt.

Weiter müssen alle Bars und Wholesale-Häuser an Wahltagen während des ganzen Tages, an Weihnachten, Charfreitag und Danksagungstag geschlossen sein.

Schwerwiegend sind auch die Bestimmungen betreffs der Klubs. Während unter dem jetzt bestehenden Gesetz Klubs, die durch Spezialakte der Legislatur inkorporiert sind, Spirituosen, Bier u. s. w. an ihre Mitglieder verkaufen dürfen, wird ihnen diese Gerechtsame vollkommen entzogen und dürfen die Klubs keinerlei alkoholische Getränke halten.

Keiner Person unter 21 Jahren soll es ferner erlaubt sein, an den Bars herumzustehen, wenn sie nicht in Gesellschaft des Vaters oder Vormundes sind.

Auch darf niemand einen Check an der Bar einwechseln.

Donnerstag 4. Juni.

Das Haus fuhr in der Beratung der Munizipal-Bills fort.

Der Premier brachte in der Vormittagssitzung die Quebec Battlefields Bill ein. Die Bill erhielt ihre erste Lesung und wird Freitag ihre zweite Lesung erhalten.

Die Chartered Accountants Bill wurde zum letzten Male gelesen und angenommen.

Das Haus beriet dann als Ganzer-Komite die Threshers Liens Bill. Die Zeit der Priorität für Drescher Liens wurde von 30 auf 60 Tage festgesetzt.

Das Haus trat dann wieder in die Komite-Beratungen über die Munizipal-Bills ein.

Der Abg. Garry (lib.) war für Zurückstellung der Rural Municipal Bill, um den Bewohnern der Provinz mehr Gelegenheit zu geben, sich über die Vorlage näher zu informieren und ihr Gutachten darüber abzugeben.

Die Abgeordneten Grant (lib.) und Neely (lib.) erklärten sich in ähnlicher Weise.

Langley (lib.) erklärte, daß er entschieden gegen eine solche Zurückstellung sei. Er sagte, die älteren Distrikte seien entschieden für eine Neuregelung des ländlichen Munizipalwesens, eine Neuregelung, wodurch diese Munizipalitäten mehr Selbstregierung bekämen. Er meinte dann in seiner etwas John Bull-haften Weise, daß man die Interessen der älteren Distrikte nicht zugunsten der Duchoborzen und Galizianer in den Wahlkreisen Batoche und Yorkton hintansetzen solle. Diese Leute hätten keine blasse Ahnung von Selbstregierung. Jeder müßte zugeben, daß das alte System wirklich veraltet sei und daß eine Modernisierung absolut notwendig wäre.

Hon. Calder wies darauf hin, daß kein Distrikt gezwungen werden sollte, das neue Munizipal-System anzunehmen. Eine Klausel in der Vorlage besage ja klar und deutlich, daß die Einführung des Systems obligatorisch sei. Er glaube aber mit Langley, daß die meisten älteren Distrikte für Einführung des neuen Munizipal-Systems sei.

Brown (lib.) sagte, daß die Bewohner des südlichen Teils der Provinz die Passierung der neuen Bill sicher erwarteten. Auch wies er darauf hin, daß wenn die Bill für nächstes Jahr zurückgestellt werden würde, damit die Local Option Klausel der Liquor License Ordinance für ländliche Distrikte hinfällig werden würde.

Garry: „Nur für ein Jahr.“

Brown: „Das ist eine ziemliche Zeit und es ist absolut unnötig.“

Man trat dann in die Detail-Beratungen ein.

In der Abendsitzung begann dann die Budget-Debatte mit einer ziemlich langen Kritik des Oppositionsführers Haultain.

Als Haultain sich erhob, erhielt er reichlichen Applaus von seiten der Opposition. Er fing damit an, daß er sagte, dieselben Ausdrücke, die er für den Schulbücher-Kontrakt gebraucht hätte, wende er an auf die Ausgaben der Regierung: „unbedachtsam und ungehörig.“ Der „verborgene Ueberschuß“ vom letzten Jahr sei jetzt verschwunden. Der Provinzialschatzmeister könnte nur einen Barüberschuß von $1167 in der Bank aufweisen. Trotzdem behaupte er, daß der Ueberschuß volle 329,000 Dollars betrage. Er bedauere, daß ihm nicht alle Data über Ausgaben namentlich in den letzten Monaten mitgeteilt worden seien. Er glaube aber nicht fehl zu gehen, wenn er behaupte, daß die in den letzten Monaten gemachten Ausgaben, die noch auf Konto des letzten Rechnungsjahres zu schreiben seien, sich auf mindestens 300,000 Dollars beliefen. Noch ein anderer Posten sei dem Debitkonto hinzuzufügen. Die Dominion-Regierung hätte eine Summe von 49,600 Dollars an die Provinz gezahlt, die nicht für den angegebenen Zweck angewandt, sondern mit den allgemeinen Ausgaben gebraucht worden sei. Damit wachse die Summe auf volle 349,600 an, die zu den Ausgaben des letzten Jahres gehörten. Nichtsdestoweniger behaupte Calder, die Provinz hätte einen Ueberschuß von 329,000 Dollars.

Was die Kapital-Ausgaben beträfen, so sei ein Teil davon bewilligt und wären die Ausgaben gerechtfertigt. Die Regierung hätte letztes Jahr keine Summen geborgt, aber müsse dieses Jahr Geld leihen, um die für Kapital-Auslagen entliehenen Beträge zurückzuzahlen. Die Regierung behaupte, sie bekomme noch von der alten Territorial-Regierung $500,000. Das sei aber kein Grund dafür, die Provinz in unnötige Schulden zu stürzen. Im Jahr 1906 sei das Prinzip festgesetzt, für Kapital-Auslagen Gelder zu leihen. Warum sei man von diesem Prinzip schon jetzt abgewichen? Die Regierung müsse in Finanzsachen mehr Stetigkeit beweisen. Sonst verliere man das Vertrauen.

Die Finanzlage am Ende des Rechnungsjahres sei keine sichere. Ein Ueberschuß von 482,000 Dollars sei völlig verbraucht. Dazu kommen, wie oben angegeben, 349,600 Dollars und weitere 200,000 Dollars unerwarteter Einnahmen, die ausgegeben worden seien.

Das sei eine Ueberschreitung der Ausgaben über die Einnahmen von über einer Million Dollars.

Die Provinz fange das neue Jahr darum nicht gut an. Die Finanzlage sei alles anderes als gut. Die Kapital-Ausgaben für 1908/09 seien auf $1,499,564 veranschlagt, dazu kämen $328,326, die in die Kasse der Provinz zurückzuzahlen seien. Es müßten dies Jahr also $1,817,000 geliehen werden. Dabei hätte die Regierung vor zwei Jahren gesagt, man brauche in 2 bis 3 Jahren noch keinen Cent Schulden zu machen.

Die Regierung wolle eine Anleihe von 2,000,000 Dollars aufnehmen. Davon müßten zunächst an 200,000 Dollars für die Parlamentsgebäude bezahlt werden. Ferner seien sehr hohe Ausgaben für die Universität, die Landwirtschaftliche Hochschule, das Telephonsystem, Land Titles Offices u. die Irrenanstalt zu machen. Alle diese Ausgaben würden die Schulden der Provinz bis auf 5,000,000 Dollars bringen.

Das wären schöne Aussichten. Dabei hätte man von der Regierungsseite immer behauptet, die Bedingungen der Autonomy Bill seien so großartig, daß sie keine Schulden zu machen brauchten. Man hätte gesagt, daß wenn die Provinz ihre eigenen Ländereien übernommen hätte, man direkte Steuern hätte einführen müssen. Jetzt sei man das Land los und habe auch die direkten Steuern. Dabei müsse die Provinz auch noch 75,000 Dollars für die Berittene Polizei zahlen, die eine Polizeiforce der Dominion, nicht der Provinz sei. Das Land werde immer wertvoller und die 31,000,000 Acker freier Ländereien würden eine Ausgabe von 40 bis 50 Millionen in den nächsten Jahren gerechtfertigt haben. Die Ländereien der Provinz hätten den zwei- bis dreifachen Wert der Gelder, die die Dominion-Regierung als Entschädigung zahle. Die Ausgaben seien im steten Steigen begriffen, während die Einnahmen zurückgingen. Es würde schließlich so weit kommen, daß die Bevölkerung die öffentlichen Verbesserungen als Brücken und Wege nur aus Munizipalsteuern bezahlen könnte.

Er wandte sich dann noch einmal gegen das Ergänzungs-Einkommen-Gesetz und sagte, dasselbe habe sich nicht bewährt, denn die Regierung habe die Steuern nicht kollektieren können, d. h. zum größten Teil nicht. Das richtige wäre es darum gewesen, das unnötige und ungewünschte Gesetz zu widerrufen. Auch die Getreide-Vorstreckung könne gefährlicher werden, als man vermute, denn man müsse damit rechnen, daß ein Teil nicht zurückgezahlt werden würde, die Regierung müsse aber die Gelder nach Ottawa zurückerstatten.

Er kritisierte dann noch eingehend die Ausgaben des Departements für öffentliche Arbeiten und erklärte sich emphatisch gegen den Plan, eine der Brücken über den Wascana Creek bei Regina von Zuchthäuslern bauen zu lassen. Das würde große und gerechtfertigte Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen hervorrufen.

Hon. Motherwell antwortete in längerer Rede auf die Kritik Haultains. Er sagte, die Rede Haultains sei etwas weniger extravagant gewesen wie seine Rede über die freien Schulbücher. In der Budget-Rede des Vorjahres habe er die Regierung eines „versteckten Ueberschusses“ beschuldigt und hätte wohl selbst nicht recht gewußt, was er damit meinte. Er hätte aber die Gewohnheit, Worte zu brauchen, die bei ihm gerade die entgegengesetzte Bedeutung hätten wie bei anderen Leuten. Jedermann wisse, daß der Ueberschuß vorhanden gewesen wäre, wenn er auch nicht auf dem Tisch des Hauses vor aller Augen gelegen hätte. Sie hätten auch dies Jahr einen Ueberschuß, der in Rechnungen gegen Kapital-Ausgaben vorhanden sei. Man könne den Ueberschuß wohl nicht auf dem Tisch des Hauses oder in einer Bank sehen, aber in Stein und Ziegel und Mörtel, in solchen Gebäuden wie die Land Titles Office in Regina, in den Brücken bei Saskatoon, Prince Albert und Battleford. Die Provinz sei nicht nur frei von Schulden, sondern habe einen Ueberschuß gehabt, den man der Kasse für Kapital-Ausgaben geliehen habe. Das hätte der Provinzial-Schatzmeister dem Hause in seiner Budget-Rede auseinandergesetzt.

Letztes Jahr hatten sie einen Ueberschuß von 482,000 Dollars. Von diesem Betrag wurden 327,000 Dollars für öffentliche Verbesserungen verwandt, weil sie kein Geld leihen konnten wegen der schlechten Verhältnisse auf dem Geldmarkt. Haultain hätte die Beschuldigung erhoben, daß die Regierung hätte Geld leihen müssen, um einen scheinbaren Ueberschuß zu bekommen. Tatsache sei, daß das Schatzamt Geld vorgestreckt habe für Kapitalausgaben, die zurückgezahlt werden würden.

Haultain hätte gefragt, warum man kein Geld auf den Kredit der Provinz geliehen habe, er habe das bereits beantwortet. Die Geldkrisis sei daran schuld gewesen. Selbst Städte wie Winnipeg oder gar New York hätten die größten Schwierigkeiten gehabt, Geld zu bekommen.

Haultain hätte wieder behauptet, die Provinz hätte einen schlechten Kauf mit Ottawa gemacht, weil die Dominion-Regierung die Ländereien der Provinz für zu wenig Entschädigung übernommen habe. Er wolle in Verbindung mit dieser Sache nur darauf hinweisen, daß die Manitoba-Regierung während der letzten Session der Legislatur den Wunsch ausgesprochen hätte, ebensolche Arrangements betr. der öffentlichen Ländereien zu haben wie die Provinz Saskatchewan. Die finanziellen Arrangements mit der Dominion-Regierung seien in jeder Beziehung ausgezeichnet für unsere Provinz.

Die Konservativen hätten ihr Bestes getan, um das Ergänzungs-Einkommen-Gesetz bei der Bevölkerung zu diskreditieren. Nun komme ihr Führer und klage die Regierung an, daß sie nicht genügend Steuern gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes kollektiert habe. Das sei monströs, sei niederträchtig. Der Vertreter von Moosomin hätte offen im Hause gesagt, er werde diese Steuer nicht zahlen. Andere seien in der Provinz herumgegangen und hätten gegen das Gesetz gehetzt. Die Folge sei gewesen, daß viele sich geweigert hätten, zu zahlen. Dafür sei aber die Opposition, nicht die Regierung verantwortlich zu machen.

Das Gesetz aber sei kein Fiasko. Es sei wohl ein großer Betrag der Steuern nicht eingegangen, aber man müsse bedenken, daß das Jahr ein finanziell schlechtes war und daß auch andere Steuern nicht so eingegangen seien wie früher. Das Volk komme immer mehr dazu, das Gesetz als ein gutes anzusehen. Er weise nur auf die eine Tatsache hin, daß die Local Improvement Konvention in Regina es abgelehnt hätte, sich gegen das Gesetz auszusprechen.

Er sprach dann über die Saatgetreide-Verteilung und lobte besonders den Deputy-Minister für Landwirtschaft, Mr. Ketchen.

Zum Schluß gab er folgende Erklärung über das, was die liberale Scott-Regierung geleistet habe:

Sie hat die ganze große Maschinerie der Provinz-Regierung organisiert und neu eingerichtet und sich als eine prompte und wirksame Administration erwiesen.

Sie hat in etwas über 2 Jahren über 4,000,000 Dollars verausgabt, ohne daß auch nur eine Anklage erhoben worden ist, daß sie öffentliche Gelder schlecht angelegt oder verschwendet hat.

Die Regierung nahm an der Inter-Provinzial-Konferenz von 1906 teil und erwirkte dadurch eine Erhöhung der jährlichen Einnahmen um 130,000 Dollars.

Es hat ein Gesetz angenommen, das Spekulanten und Landgesellschaften zwingt, eine Abgabe zum Besten des Erziehungswesens zu entrichten. Desgleichen ein Gesetz passiert, das Banken, Versicherungs-Gesellschaften, Leih-Gesellschaften, Expreß- und Telegraphen-Gesellschaften sowie andere Korporationen zwingt, eine Steuer zum Besten des Landes zu zahlen.

Sie hat Schritte unternommen, um auch Eisenbahn-Gesellschaften zu einer gerechten Abgabe zu zwingen. Auch hat sie die Interessen der arbeitenden Klassen und Handwerker wahrgenommen durch Erlassung der Verordnungen betreffs Woodmen's und Mechanic's Liens. Sie hat die landwirtschaftliche Industrie nach besten Kräften unterstützt und beschützt. Die Regierung hat es sich besonders angelegen sein lassen, ein gutes Wegesystem anzulegen und viele Wege und Brücken gebaut. Sie hat die Organisierung von über 600 ländlichen Schuldistrikten ermutigt und für alle liberale Bewilligungen gemacht. Sie hat das Gerichtswesen der Provinz ganz neu organisiert und damit die Rechtspflege um ein ganz bedeutendes wirksamer gemacht. Sie hat für das höhere Unterrichtswesen vorgesorgt durch Erlassung von Regeln und Bestimmungen für Hochschulen, Collegiate Institutes und die Universität von Saskatchewan. Sie hat eine großartige Stahlbrücke über den Saskatchewan bei Saskatoon erbaut und hat zwei weitere, in Battleford und Prince Albert, unter Konstruktion. Ihre Politik betreffs Errichtung nötiger öffentlicher Gebäude und Institutionen ist fortschrittlich in jeder Hinsicht und hat alle Schritte getan zur Konstruktion der Regierungsgebäude und des Parlaments der Provinz Saskatchewan. Sie hat zweimal in einer prekären Situation energische Maßregeln getroffen, um der Not zu steuern resp. vorzubeugen, nämlich bei Gelegenheit der Feuerungsnot im Winter des Jahres 1906 und in diesem Frühjahr, als sie den bedürftigen Farmern Saatgetreide verschaffte. Sie ist gegenwärtig beschäftigt an der Neuorganisierung und Modernisierung des Munizipalwesens. Sie hat die Administration der Land Titles Offices dezentralisiert durch die Errichtung von Land Titles Offices in Yorkton, Moose Jaw und Saskatoon. Sie hat das Telephongesetz passiert, wodurch der Ausbau unseres provinzialen Telephonnetzes erleichtert, beschleunigt und gewährleistet wird. Die Unterstützungen für Hospitäler sind verdoppelt worden und ein neues Gesetz sieht die Verteilung freier Schulbücher an die Schüler der Provinz Saskatchewan vor.

Die Debatte kam durch einige kurze Reden Dr. Elliotts, Dr. Neelys, Gillis und Boles zu Ende.

* * *

Freitag, 5. Juni.

Die Sitzungen verliefen ruhig und die meisten Arbeiten waren Komite-Beratungen über die Rural Munizipal- und die Election Bills. Die Komite-Arbeiten betreffs Neueinteilung der Wahlkreise nähern sich ihrer Vollendung und ist nur noch der Nordosten der Provinz in Wahlkreise einzuteilen.

Die erwartete Debatte über das